

Neuerungen + Wissenswertes in der Personalabrechnung ab 01.01.2011

ADir. Peter NARNHOFER, Finanzamt Graz Stadt

ASVG – Werte für 2011



Aufwertungszahl: 1,021

	2010	2011
Geringfügigkeitsgrenze		
täglich	28,13	28,72
monatlich	366,33	374,02
Pauschalbetrag DAG	549,50	561,03
Höchstbeitragsgrundlage		
täglich	137,--	140,--
monatlich	4.110,--	4.200,--
Sonderzahlungen jährlich	8.220,--	8.400,--
monatlich für freie DN (ohne SZ)	4.795,--	4.900,--

ASVG – Werte für 2011



- ➔ Mit Wirkung ab 1.1.2011 werden die für die Absenkung der ALV-DienstnehmerInnenanteile maßgeblich Grenzwerte wie folgt aussehen:
- ➔ N 25a: max. € 1.179,--
(Absenkung um 3%, somit 0% AIV-DNA),
- ➔ N 25b. mehr als € 1.1179,-- max. € 1.286,--
(Absenkung um 2%, somit 1% AIV-DNA),
- ➔ N 25c: mehr als € 1.286,--, max. € 1.447,--
(Absenkung um 1%, somit 2% AIV-DNA).

➔ Erhöhung des Pendlerpauschales um ungefähr 5%

kleines PP	bisher	ab 1.1. 2011
20-39 km	52,50	55,50
40-59 km	103,50	109,00
ab 60 km	154,75	162,50

großes PP		
2-19 km	28,50	30,00
20-39 km	113,00	119,00
40-59 km	196,75	207,00
ab 60 km	281,00	295,00

Der Arbeitgeber soll nach § 26 Z 5 EStG die Möglichkeit erhalten, seine Arbeitnehmer **mit öffentlichen Verkehrsmitteln** befördern zu lassen, ohne dass dem Arbeitnehmer dafür ein Sachbezug zugerechnet wird. (Wenn der AN dem Grunde nach die Voraussetzungen für die Gewährung des PP erfüllt). In diesem Falle steht jedoch kein Pendlerpauschale zu

Der Alleinverdienerabsetzbetrag für Steuerpflichtige **ohne Kinder** läuft mit Ende des Jahres 2010 aus bzw. kann letztmalig bei der Veranlagung für das Jahr 2010 berücksichtigt werden.

Der Alleinverdienerabsetzbetrag ohne Kinder hat € 364,00 betragen

keine Verpflichtung zur Einbehaltung und Abfuhr von Lohnsteuer durch den Arbeitgeber (VwGH vom 29.4.2010, 2007/15/0293)

der Vorteil aus der Einlösung der Bonusmeilen für private Zwecke ist im Rahmen der Veranlagung als Arbeitslohn von dritter Seite dem Finanzamt bekannt zu geben.

kein DB, kein DZ, keine Kommunalsteuer

Bonusmeilen - ASVG



die SV-Beiträge für Bonusmeilen sind wie bisher vom Dienstgeber abzurechnen und an den KV-Träger abzuführen als laufender Bezug mit den Mittelpreisen des Verbrauchsortes zu bewerten

nicht, wenn der DN schriftlich erklärt, am „Vielfliegerprogramm“ nicht teilzunehmen oder nur für dienstliche Flüge nutzt

beitragsfrei

Dienstnehmeranteile nach dem

Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, die vom Dienstgeber verpflichtend zu entrichten sind

beitragspflichtig

vom Unternehmer übernommene Dienstnehmeranteile zur SV

bei Inanspruchnahme der Alterteilstzeit

die vom Arbeitgeber **infolge einer GPLA** übernommenen Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen SV

„Begünstigte Auslandstätigkeit“ § 3 Abs. 1 Z 10

Aufgrund einer VfGH – Entscheidung gilt die
Lohnsteuerbefreiung für begünstigte
Auslandstätigkeiten (wie z. b. Bauausführungen,
Montagen, usw.) **nur mehr bis 31.12.2010**

Sonstige Bezüge liegen nur vor, wenn sie sich

- ➔ sowohl durch den Rechtstitel, aus dem der Arbeitnehmer den Anspruch ableiten kann, als auch
- ➔ durch die tatsächliche Auszahlung deutlich von den laufenden Bezügen unterscheiden.

- Rechtstitel für einen sonstigen Bezug, **Auszahlung** erfolgt jedoch **monatlich**,
- es handelt es sich nach wie vor um einen sonstigen Bezug, der nach § 67 Abs 10 EStG **nach dem Monatstarif** zu versteuern ist
- Provisionen monatlich akontiert, sind laufende Bezüge, Neuberechnungen der monatlichen Akontierungen (Provisionsspitzen) während des laufenden Jahres sind ebenso laufende Bezüge (=Korrektur des laufenden Bezuges)
- „Superprovision“ (z.B. nach einem Jahresumsatz), die jährlich abgerechnet und ausbezahlt wird, stellt einen sonstigen Bezug nach § 67 Abs 1 EStG da

nur nicht übertragbare Guthaben stellen Überstunden dar

Im Auszahlungsmonat als laufender Bezug zu versteuern.

Steuerbefreiung nach § 68 Abs 2 EStG nur für den Auszahlungsmonat

keine Nachzahlung gemäß § 67 Abs 8 EStG

kein sonstiger Bezug gemäß § 67 Abs 1 und 2 EStG

Ähnlich der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich des ASVG wird auch im **Steuerrecht** eine **Haftungsbestimmung** für Bauunternehmer eingeführt, die ihre Aufträge an Subunternehmer weitergeben

keine Haftung wenn

- ➔ das beauftragte Unternehmen in der HFU-Liste geführt wird
oder
- ➔ **5% des Werklohnes** an das Dienstleistungszentrum bei der Wiener GKK überwiesen wird.

Eine **Selbstanzeige** soll nur dann und insoweit strafbefreiende Wirkung zukommen, als die von der Anzeige umfassten **Beträge auch tatsächlich entrichtet** wurden

§ 38a FinStrG

bandenmäßige Begehung von Schmuggel,
Abgabenhinterziehung oder Hinterziehung von Abgaben
sowie die Begehung von Schmuggel unter
Gewaltanwendung

§ 39 FinStrG

vorsätzliche Finanzvergehen – mit besonderer krimineller
Energie – sind ein Verbrechen im Sinne des

§ 17 Abs. 1 StGB

Für Nachforderungen, die im Zuge einer abgabenbehördlichen Überprüfung festgestellt werden, soll innerhalb einer betraglichen Grenze die Möglichkeit geschaffen werden, durch die sofortige Bezahlung der Abgabennachforderung und einer **(10%igen) Abgabenerhöhung** die finanzstrafrechtliche Verfolgung abzuwenden.

**Grenzbeträge: € 10.000 Nachforderung für ein Jahr
bzw. € 33.000 in Summe**

Gleichbehandlungsgesetz - Einkommensberichte



dauernd

mehr als 1000 Arbeitnehmer/innen mit 1.1. 2011 in Kraft
Bericht ist für 2010 zu erstellen

mehr als 500, aber weniger als 1001 mit 1.1.2012 in Kraft
Bericht ist für 2011 zu erstellen

mehr als 250, aber weniger als 501 mit 1.1.2013 in Kraft
Bericht ist für 2012 zu erstellen

mehr als 150, aber weniger als 251 mit 1.1.2014 in Kraft
Bericht ist für 2013 zu erstellen.

1. **Anzahl** der Frauen und die Anzahl der Männer in den jeweiligen Verwendungsgruppen
2. **Anzahl** der Frauen und die Anzahl der Männer in den – wenn verfügbar – einzelnen Verwendungsgruppenjahren der anzuwendenden Verwendungsgruppe
3. **Durchschnittsentgelt** von Frauen und von Männern in den jeweiligen kollektivvertraglichen Verwendungsgruppen und – wenn verfügbar – Verwendungsgruppenjahren

anonymisiert zu erstellen, der Bericht darf keine Rückschlüsse auf Einzelpersonen zulassen

dem Zentralbetriebrat, den Betriebsräten **im ersten Quartal des Folgejahres** zu übermitteln.

In der Ausschreibung ist das für den ausgeschriebenen Arbeitsplatz geltende kollektivvertragliche **Mindestentgelt** anzugeben und gegebenenfalls auf die Möglichkeit einer Überzahlung hinzuweisen.

erster Verstoß: Ermahnung
bei weiteren Verstößen: Geldstrafe bis 360 €